

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 24.05.2022,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Christel Wegmann Rhede

Mitglieder:

Maja Becker Borken Vertretung für Frau Maria Stres-
tik

Barbara Büscher Stadtlohn

Iris Jediß Südlohn

Dominik Kappelhoff Ahaus

Berthold Langehaneberg Legden

Pascal Otterbeck Vreden

Vertretung für Herrn Ernst
Brüninghaus

Daniel Schemmer Reken

Barbara Seidensticker-Beining Südlohn

Eva Vehring Ahaus

Sarah Vorkamp Heek

Alfred Wellers Vreden

Heike Wissing Vreden

Georg Wrede Borken

beratende Mitglieder:

Ulrike Elkemann Münster

Dr. Ansgar Hörster Borken

Silke Schluß Borken

Christa Luise Stenvers Stadtlohn

Ayhan Tanic Vreden

Markus Walterskötter Gescher

Brigitte Watermeier Borken

Vertretung für Frau Sigrid Kliem

Vertreter/innen der Verwaltung:

Markus Grotendorst

Elisabeth Möllenbeck

Es fehlen entschuldigt:

Dr. Fabian Eichholz Borken

Thomas Hetgens Borken

Matthias Schlettert
Michael Wanning

Borken
Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Die Vorsitzende Frau Wegmann eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Erschienenen. Sie nimmt die deklaratorische Verpflichtung von Frau Stenvers sowie Herrn Walterskötter auf die Formel für Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören, vor.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Fortführung der Anpassung der Fördermodalitäten im Rahmen der Angebotsförderung zur Unterstützung von Ferienmaßnahmen auf Grund der anhaltenden Corona-Pandemie in 2022.

Vorlage: 0101/2022/KREIS

Die Vorsitzende Frau Wegmann führt in die Vorlage ein, dass ein bewährtes Förderinstrument in der Coronazeit fortgesetzt werden solle. Frau Watermeier ergänzt, dass der Beschlussvorschlag zur Übernahme von Stornokosten insbesondere den Trägern Sicherheit für die Angebotsplanung in den Herbstferien geben solle. Frau Wissing begrüßt die Planungssicherheit für die ehrenamtliche Arbeit in der Jugendförderung.

Beschluss: einstimmig

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderposition „Kinder- und Jugenderholung“ des Kinder- und Förderplanes auch in 2022 um die Förderposition „Ferienlager vor Ort“ (ohne Übernachtung) zu erweitern und dieses Angebot mit einem Förderbetrag in Höhe von 4,00 € pro Tag und Teilnehmer/in nach Maßgabe der Voraussetzungen der Ziffer 1 der Sachdarstellung der Sitzungsvorlage zu fördern.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass das Förderformat „Ferienspiele / verbindliches Ferienangebot“ auch in 2022 erweitert wird auf Angebote, die ein zweistündiges Programm an mindestens drei nicht aufeinanderfolgenden Tagen beinhalten. Eine Förderung erfolgt entsprechend der Ausführungen der Ziffer 2 der Sitzungsvorlage.
3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt auch in 2022 die Übernahme von Stornierungskosten für Angebote und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in den Ferien im Rahmen der tatsächlich gezahlten Fördermittel.

Punkt 2: Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der Infrastrukturförderung in Vreden nach dem Kinder- und Jugendförderplan des Kreises Borken sowie des Landes NRW

Vorlage: 0144/2022/KREIS

Frau Watermeier erläutert, dass die Zentralisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit am Jugendcampus zu einer deutlichen Ausweitung der Angebote und zu einem deutlichen Anstieg der Besucherzahlen geführt habe. Aufgrund der sozialräumlichen Strukturen würden die Kirchdörfer außerhalb des Ortsteils Vreden noch nicht gut erreicht. Das Angebot solle deshalb um eine Stelle für die Mobile Jugendarbeit in diesen Ortsteilen angereichert werden.

Frau Becker erkundigt sich, ob die geplante Stelle befristet gefördert werde. Frau Watermeier erklärt, dass die Förderung unbefristet ausgerichtet sei. Frau Wissing hebt den Jugendcampus Vreden als Leuchtturmprojekt hervor und unterstützt aufgrund der besonderen Situation der Kirchdörfer die ergänzende Förderung mit mobilen Angeboten.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Aufstockung der Stellenanteile für die Mobile Offene Kinder- und Jugendarbeit in Vreden um 1,0 zu.

Punkt 3: Fortschreibung der Betreuungsbedarfsplanung für die Jahre 2022 ff
Vorlage: 0141/2022/KREIS

Herr Grotendorst stellt die wesentlichen Punkte aus der aktualisierten Betreuungsbedarfsplanung vor.

Herr Walterskötter erkundigt sich nach der Methodik zur Vorausberechnung der Betreuungsbedarfe und der Berücksichtigung von Zuzügen sowie des weiteren Anstiegs der Geburtenzahlen. Herr Grotendorst greift die wesentlichen Prognoseparameter aus der Vorlage auf und erklärt, dass Bevölkerungszu- und -fortzüge nicht mit statistischen Methoden vorausberechnet, aber gegengeprüft würden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass im engen Kontakt mit den Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk die örtliche Wohnbauentwicklung sowie die erwartete Zuwanderung von Flüchtlingsfamilien und die einhergehenden Ausbaubedarfe in der Kindertagesbetreuung gut erfasst werden könnten. Die Geburtenzahl würde mit dem Durchschnittswert der letzten fünf Jahre vorausgeplant um Schwankungen auszugleichen. Statistische Modellierungen benötigten sehr detaillierte Grunddaten um zu verwertbaren Ergebnissen zu gelangen.

Frau Wissing unterstreicht, dass die Betreuungsbedarfe in den nächsten fünf Jahren ganz wesentlich auf noch nicht geborenen Kindern beruhen. Mit den vielfältigen Einflussfaktoren werde immer wieder die Quadratur des Kreises versucht, deshalb unterstütze sie die Fahrt auf Sicht.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Basis der Fortschreibung der Betreuungsbedarfsplanung für die Jahre 2022 ff weiterhin gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen, den Kindertagespflegepersonen sowie den Kommunen einen bedarfsgerechten Um- und Ausbau von Betreuungsplätzen umzusetzen.

Punkt 4: Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren - weiterer Ausbau im Kindergartenjahr 2022/23
Vorlage: 0147/2022/KREIS

Die Vorsitzende Frau Wegmann stellt die Vorlage vor.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die AWO-Kita Finkenkamp in Velen-Ramsdorf für die Weiterentwicklung zum Familienzentrum und das entsprechende Förderkontingent im Kindergartenjahr 2022/23 anzumelden.

Punkt 5: Weiterentwicklung der Fördergrundsätze für die Flexibilisierung der Betreuungszeiten
Vorlage: 0153/2022/KREIS

Herr Grotendorst erläutert die Fortschreibung der Fördergrundsätze. Frau Becker erkundigt sich nach einer Übersicht zu den Bedarfen der Eltern. Herr Grotendorst erklärt, dass die Bedarfe regelmäßig in Bedarfsabfragen in den Kitas erhoben würden. Während der Corona-Pandemie sei kaum Raum für die Versorgung zusätzlicher Bedarfe vorhanden gewesen. Das Jugendamt habe zum Jahreswechsel 2019/20 eine Bedarfsabfrage unter den Eltern durchgeführt. Die Beteiligung sei zwar niedrig gewesen, dennoch könnten vier Bereiche für die Flexibilisierung ausgemacht werden: Frühbetreuung, Spätbetreuung, Reduzierung der Schließtage und die Flexibilisierung innerhalb der Kernöffnungszeiten insbesondere im Bereich der 35 Stunden. Die ersten drei Bereiche würden bereits gefördert, der vierte Punkt werde aktuell in einer Unterarbeitsgruppe der AG I - Tagesbetreuung - aufbereitet.

Herr Walterskötter unterstreicht das Interesse der Eltern an dem Thema und an einer Mitarbeit zur Fördergestaltung.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die fortgeschriebenen Fördergrundsätze für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten (Teil B der Vorlage) und beauftragt die Verwaltung entsprechend der Grundsätze gemeinsam mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen bedarfsgerechte Angebote in Randzeiten einzurichten und flexiblere Betreuungsmodelle innerhalb der Regelöffnungszeiten zu entwickeln.

Punkt 6: Fortschreibung der Elternbeitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (Vorlage nachversandt)
Vorlage: 0154/2022/KREIS

Kreisdirektor Dr. Hörster führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Nachversand der Sitzungsunterlagen sei erforderlich gewesen, um zu der umfangreichen Stellungnahme des Jugendamtseleternbeirates und des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion auch eine verwaltungsseitige Stellungnahme mitsenden zu können.

Der JHA habe die Verwaltung zur Weiterentwicklung der veralteten Beitragsregelungen beauftragt, allerdings starte man deshalb nicht vollständig neu. Ziel sei, eine kreisweit möglichst weitgehend einheitliche Überarbeitung der Elternbeitragssatzung. Über die Eckpunkte habe man in der Zwischenzeit berichtet und beschlossen. Der abschließende, abgestimmte Entwurf der Verwaltungen sei in der Planungsbegleitgruppe Jugendhilfe, der AG I Tagesbetreuung und im Jugendamtseleternbeirat vorgestellt worden. Die aktuelle Sachlage könne wie folgt zusammengefasst werden:

1. Abgestimmter Verwaltungsvorschlag
2. Anpassungsvorschläge des Jugendamtseleternbeirates
3. Anpassungsvorschläge nach dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion
4. Auf Landesebene angekündigte weitere Beitragsbefreiungen (3. beitragsfreies Jahr, Komplettfreistellung)

Es handele sich um ein kompliziertes Thema für einen Konsens mit vielen Beteiligten, dennoch habe die Verwaltung dies bislang als politischen Auftrag mitgenommen. Die Verwaltung könne anbieten, mit den städtischen politischen Gremien und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Erkenntnisse auf Landesebene einen konsensfähigen Umfang der Sat-

zungsüberarbeitung zu sondieren. Es werde bereits ein politischer Konsens wahrgenommen, die Geschwisterkinder von heilpädagogisch betreuten Kinder im beitragsfreien Alter genauso wie in der Regelbetreuung freizustellen. Diese Regelung könnte man ausklammern und auf den 01.08.2022 vorziehen.

Frau Seidensticker-Beining bedankt sich für die gute Zusammenfassung der aktuellen Entscheidungslage. Es stünden viele Interessen und Vorschläge im Raum, die in den Fraktionen noch weiter diskutiert werden müssten. Sie unterstütze daher, den TOP auf den Sitzungstermin nach der Sommerpause zu verschieben und bis dahin mit Vertretungen der städtischen JHAs einen konsensfähigen Vorschlag zu beraten. Eine vorgezogene Freistellung für Geschwisterkinder von heilpädagogisch betreuten Kindern werde unterstützt.

Frau Wissing betont den Konsens in der Planungsbegleitgruppe und das angestrebte Einvernehmen mit den Städten mit eigenem Jugendamt. Der Aufschub dürfe allerdings auch nicht zu lange dauern, die Eltern müssten Gewissheit für die Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2022/23 haben. Der Vorschlag zu der benannten vorgezogenen Beitragsfreistellung werde unterstützt.

Herr Otterbeck unterstützt ebenfalls die Vertagung zu Gunsten einer weiteren Beratung. Herr Walterskötter bittet um Verständnis für die kurzfristige umfangreiche Stellungnahme und um weitere Diskussion der Vorschläge während des Aufschubes. Der Vorschlag zu der benannten vorgezogenen Beitragsfreistellung werde ebenfalls begrüßt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Wegmann und Kreisdirektor Dr. Hörster fassen zusammen, dass die Ausschussvorsitzenden sowie die Sprecher*innen der Fraktionen der städtischen JHAs und des Kreis-JHAs sowie die jeweiligen Verwaltungen zu einem Gespräch einladen werden, um die Kompromissfähigkeit der Überarbeitungspunkte zu ermitteln.

Die Ausschussvorsitzende Frau Wegmann lässt über die ausgeklammerte, vorgezogene Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder von heilpädagogisch betreuten Kindern und im Weiteren über die Vertagung abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Dem Kreistag wird empfohlen, abweichend vom ursprünglichen Beschlussvorschlag nur die vorgesehene Änderung der Satzungen über die Elternbeiträge (Elternbeitragssatzung Kita und Tagespflegebeitragssatzung) in § 6 Absatz 2 Satz 3 bereits mit Inkrafttreten zum 01.08.2022 zu beschließen.

Darüber hinaus wird empfohlen, die Beschlussfassung über die weiteren Änderungsvorschläge der Satzungen inklusive der Stellungnahmen und des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion zu vertagen und mit Vertreter*innen der Fraktionen und Verwaltungen der Städte mit eigenständigem Jugendamt unter Einbezug der bis dahin bekannten Perspektive auf Landesebene zu weiteren Beitragsfreistellungen zu beraten, um einen politischen Kompromiss zu weitestgehend einheitlichen Elternbeitragsregelungen im Kreis Borken zu erreichen.

Punkt 7: Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2021 für das Budget 02
Vorlage: 0140/2022/KREIS

Herr Grotendorst stellt die wesentlichen Punkte der Vorlage vor.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8: Bericht zum Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) und Landeskinderschutzgesetz NRW
Vorlage: 0148/2022/KREIS

Frau Watermeier betont die Herausforderungen durch die Umsetzung der beiden Gesetze. Noch fehle das Landesausführungsgesetz zur Ganztagsbetreuung und damit die konkrete Zuweisung der Planungsaufgabe zu den Jugendämtern oder den Schulträgern. Sie sehe dabei viele Schnittmengen zwischen Schule und Jugendhilfe.

Das Landeskinderschutzgesetz sei zum 01.05.2022 in Kraft getreten. In der letzten JHA-Sitzung sei zu den Frühen Hilfen berichtet worden. Man prüfe derzeit, wie das bestehende Netzwerk Frühe Hilfen im Kinderschutz verstärkt und doppelte Strukturen vermieden werden könnten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen
Vorlage: 0114/2022/KREIS

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet über eine erhebliche Fluktuation in der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Diese sei abhängig vom konkreten Kriegsgeschehen. Daraus stellten sich Fragen, wann der richtige Zeitpunkt der Schulaufnahme sei. Hierfür gebe es kein Sonderverfahren, sondern das regelmäßige Aufnahmeverfahren werde genutzt. Ca. 540 Kinder seien bereits in der Schulberatung mit einer konkreten Schulzuweisung. Der Bedarf in der Kindertagesbetreuung sei noch deutlich geringer.

Kreisdirektor Dr. Hörster dankte den vielen ehrenamtlichen Kräften und den Verfahrensbeteiligten. Flüchtlinge seien vielfach in privaten Familien aufgenommen worden oder wären in kleinen kommunalen Unterkünften untergebracht. Es gebe nur sehr wenige große Unterbringungseinrichtungen. Er wies auf die Sonder-Internetseite zur Ukraine-Hilfe hin. Rund 100 Sprachmittler*innen seien bereits gemeldet und im Einsatz. Trotzdem müsse resümiert werden, dass nicht immer alles reibungslos laufe, aber Aufklärung und Lösung sei im Dialog möglich.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Sachstandsbericht zur COVID-19-Pandemie und Ukraine-Krise
Vorlage: 0143/2022/KREIS

Frau Watermeier weist zu dem TOP auf die Ausstellung vor dem Großen Sitzungssaal zu den Projekten „Zusammen sind wir viele“ und zur U18-Wahl hin. Sie möchte die JHA-Mitglieder zur Betrachtung und zum Gespräch einladen. So hätten Jugendliche in einem Wettbewerb Wahlurnen gefertigt. Die Pfadfinder Isselburg seien ausgezeichnet und nun in den Landtag eingeladen worden.

Zum Förderprogramm Aufholen nach Corona lägen 220 Anträge mit verschiedensten Angeboten und Fahrten vor. Das Programm sei sehr erfolgreich und werde mit dem Fachbereich Schule, Bildung, Kultur und Sport weiterentwickelt.

Im Bereich der unbegleiteten, minderjährigen Ausländer (umA) sei die Fallzahl geringer als erwartet, häufig seien die Minderjährigen doch begleitet. Der Träger Haus Hall in Gescher

habe eine Gruppe von Kindern mit Behinderungen aus der Ukraine aufgenommen. In der täglichen Arbeit mit der Gruppe zeigten sich vielfältige große Herausforderungen.

Herr Wellers hebt zu diesen beiden TOPs hervor, wie sehr er die beachtenswerte Arbeit in der Ukraine-Hilfe schätze. Schon die Sonderseite auf der Kreis-Homepage zeige, wie professionell diese Herausforderungen angenommen worden seien. Hierfür möchte er allen Beteiligten danken.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

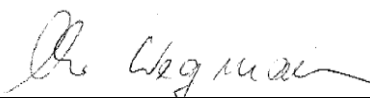
keine

Punkt 12: Anfragen

Frau Seidensticker-Beining fragt an, ob eine Vertretung des Jugendamtselternbeirates in die Planungsbegleitgruppe Jugendhilfe aufgenommen werden könne. Kreisdirektor Dr. Hörster sagt zu, die Anfrage aufzubereiten.

Herr Otterbeck fragt an, wie die Verwaltung die Sachlage zu den auftretenden Affenpocken und der empfohlenen Isolation von 21 Tagen bewerte. Kreisdirektor Dr. Hörster erklärt, dass er keine besondere Betroffenheit des JHA sehe. Aus dem Blickwinkel des Gesundheitsamtes halte er die bisherige Lage und die Informationen noch für unwägbar. Als Folge der Globalisierung sei sicherlich künftig häufiger mit Zoonosen zu rechnen. Affenpocken zeigten bisher keine vergleichbare Dynamik wie das Coronavirus. Die weitere wissenschaftliche Erarbeitung bleibe abzuwarten.

Die Vorsitzende Frau Wegmann schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.



Christel Wegmann



Markus Grotendorst